

Niederschrift

JHA/024/2024

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 18.09.2024

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände (ab 17:20 Uhr - TOP 5)

beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger (bis 18:52 Uhr - TOP 12)
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied (bis 18:52 Uhr - TOP 12)

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Andrea Bischoff		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat
----------------------	--	---

Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat (bis 17:55 Uhr - TOP 7)
Frau Mona Gedicke		Interessensvertreterin Jugendteam

Vertreter:

Frau Karin Albers		Vertretung für Herrn Winfried Hülsbusch
Herr Dr. Christian Gravinghoff	FDP	Vertretung für Herrn André Heeke
Frau Sabine Hartger		Vertretung für Frau Petra Fettich
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Herrn Martin Beckmann (bis 18:40 Uhr - TOP 10)
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Udo Hewing
Frau Tatjana Lücke	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler
Frau Karin Schulz-Bennecke		Vertretung für Frau Sabine Schillack

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen		Stabstelle Dezernat II
Frau Katja Käschner		PV Kindergärten und Kindertagespflege
Frau Diana Möllers		PV Kinder- und Jugendarbeit und Spiel- und Freizeitflächen
Herr Christoph Welling		Leiter ASD
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Petra Fettich		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Frau Carla Zachey	AG 78
-------------------	-------

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia	Ausschussmitglied f. Katholische Kirche
Frau Andrea Gehring	Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung
Herr Stefan Heskamp	Ausschussmitglied f. Polizei
Frau Nina Jansen	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung
Herr Jörg Langhans	Ausschussmitglied f. Richter
Frau Claudia Raneberg	Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche
Frau Cosima Rottmann	Jugendamtselternbeirat
Frau Sabine Schillack	Ausschussmitglied f. Schulen

Verwaltung:

Frau Annette Wiggers	Jugendamtsleiterin
----------------------	--------------------

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. JHA/023/2024 über die öffentliche Sitzung am 13.06.2024

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann bezieht sich auf den Punkt „Kinderferienparadies & Ferienpass für alle“ aus den eingestellten Informationen und gibt an, dass unter den verteilten Ferienpässen ca. 100 an die Schülerinnen und Schüler ab dem 18. Lebensjahr, Studierende und Auszubildende aus Rheine gegangen seien.

Auf die Frage von Frau Leskow gibt er an, dass die Ergebnisse der Jugendbefragung der Niederschrift beigelegt würden (*Anlage 1*).

Frau Lücke fragt zu dem Punkt „Kinderbeirat“, ob in Rheine über eine Kinderbürgermeisterin/einen Kinderbürgermeister nachgedacht worden sei. In Bramsche werde dieses gelebt und diese Person werde bei bestimmten Veranstaltungen mit einbezogen.

Herr Gausmann antwortet, dass die Verwaltung auf die Wünsche der Kinder eingehe. Sollte der Kinderbeirat diesen Wunsch äußern, was in den letzten 15 Jahren nicht der Fall gewesen sei, spreche nichts gegen eine Wahl.

Auf die Bitte von Frau Overesch informiert Frau Möllers, dass der beim Zukunftsfestival ausgeliehene Reaktionstisch dauerhaft gut besucht gewesen sei und die Verwaltung darüber nachdenke, sich einen Reaktionstisch zum Verleihen anzuschaffen.

Auf die Frage von Frau Overesch, warum das Zukunftsfestival auf dem Grundstück der Kreis-Schule und nicht einer städtischen Schule stattgefunden habe, antwortet Herr Gausmann, dass die EWG (*Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH*) Veranstalter gewesen sei, die eine Kooperationstradition mit den Berufsbildenden Schulen pflege, weshalb die Ausbildungsmessen und dergleichen dort stattfinden würden. Die Bitte der Verwaltung, bei größeren Veranstaltungen auch städtische Schulen mit in den Fokus zu nehmen, sei bisher nicht umgesetzt worden.

Herr Schomaker fragt zum Punkt „Präventionskampagne Cannabis-Legalisierung“, wer bezüglich des stattgefundenen Auftakttreffens dem Arbeitskreis „Jugendschutz und Sucht“ angehöre und wer mit „verschiedene Akteure für das nächste Auftakttreffen“ gemeint sei.

Herr Gausmann antwortet, dass es sich um einen Verwaltungsarbeitskreis und keinen politischen Arbeitskreis handele. Er zählt einige Mitglieder auf und gibt an, dass die Mitgliederliste der Niederschrift beigelegt werde.

Nachtrag:

Mitglieder des Arbeitskreises „Jugendschutz und Sucht – Einrichtungen“:

- *Stadt Rheine Jugendamt – Kinder- und Jugendarbeit*
- *Drogenberatungsstelle*
- *Kath. Jugendwerk Rheine*
- *Kath. Jugendwerk Mesum*
- *Jugendzentrum Jakobi*
- *Stadtjugendring*
- *Jugend- und Familiendienst*

- *Jugendkunstschule*
- *Caritas Jugendberatungsstelle*
- *Caritas-Kinder- und Jugendheim*
- *Kinderschutzbund*
- *Stadt Rheine Jugendamt – Jugendhilfe im Strafverfahren*
- *Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter der weiterführenden Schulen*
- *Kreispolizeibehörde Steinfurt – Kriminalprävention*

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Fragen.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

Frau Bischoff informiert über einen öffentlichen Spielenachmittag für Jung und Alt am 16. November 2024 in der Zeit von 15:00 bis 18:00 Uhr in der Euregio Gesamtschule Rheine.

Weiter führt sie aus, dass der Arbeitskreis „Familienpass“ die Verwaltung um einen Pressefoto-termin und um Werbung für den Familienpass bitte. *Nachtrag: Der Familienpass wurde neu aufgelegt und ist nun auch „smart“. Das Foto und der Presstext wurden am 25. Oktober 2024 zur Veröffentlichung an die Presse versendet.*

5. Information über die Teilnahme am Qualitätsentwicklungsverfahren im Kinderschutz Vorlage: 317/24

Herr Jüttner-von der Gathen führt in die Vorlage ein. Diese Woche habe das Analyseteam einen Auftakttermin für den 25. Oktober 2024 vereinbart. In dem Analyseteam würden unter anderem Frau Thiesmeier für das ISA (*Institut für Soziale Arbeit e. V., Münster*), Herr Dr. Meisen für das SOCLES (*International Centre for Socio-Legal Studies gGmbH, Heidelberg*), der früher beim DIJuF (*Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrechte e. V.*) gewesen sei und eine Kollegin von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e. V. in Köln, arbeiten. Die Verwaltung werde am Ende einen differenzierten Bericht zu der Erprobung und der Beteiligung der Stadt Rheine erhalten. Darüber werde im Jugendhilfeausschuss berichtet.

Frau Lücke äußert, dass die SPD-Fraktion die Beteiligung der Stadt Rheine an dieser Qualifizierungserhebung begrüße. Sie fragt, ob der in der Zeitschiene genannte Termin zur Berichtsvorstellung gegenüber der Stadt Rheine Ende November 2024 haltbar sei und wann im Jugendhilfeausschuss darüber beraten werden könne.

Zudem fragt sie, ob die Möglichkeit bestehe, einen Fall zum Thema „Inklusiver Kinderschutz“ für Kinder und Jugendliche mit Behinderung mit aufzunehmen.

Auf die zweite Frage antwortet Herr Jüttner-von der Gathen, dass die Auswahl eines speziellen Falles, bei dem die persönlichen Daten geschwärzt worden seien, stattgefunden habe. Im Nachhinein könne nicht mehr steuernd eingegriffen werden. Er werde das Thema im Beratungsprozess ansprechen.

Auf die erste Frage antwortet Herr Gausmann, dass die Vorlage für die Sitzung im März 2025 gefertigt werde, da die Festsetzung der Kindertagesbetreuung immer um den 15. März erfolgen müsse.

Frau Overesch kommentiert, dass die CDU-Fraktion sich dem Dank der SPD-Fraktion an die Verwaltung anschließe. Die Stadtverwaltung sei bei der Qualitätsentwicklung in Bewegung und gehe gute Schritte nach vorne.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen bezüglich der Teilnahme des Jugendamtes an der Zwischenphase der „Qualitätsentwicklung im jugendamtlichen Kinderschutz Nordrhein-Westfalen gemäß § 8 Landeskinderschutzgesetz NRW (QUEK)“ zur Kenntnis.

6. Richtlinien zur Förderung der Familienerholung Vorlage: 248/24

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und informiert, dass mit dem Programm 20 bis 25 Familien incl. Alleinerziehende trotz ihrer finanziellen Einschränkung ein Urlaub in speziellen Familienerholungsstätten ermöglicht werde.

Herr Fühner erklärt sich für befangen und übergibt die Sitzungsleitung an Frau Leskow.

Herr Gausmann erläutert, dass nach Corona die Antragszahlen zurückgegangen seien. Gemeinsam mit dem Verband könne die Verwaltung über Öffentlichkeitsarbeit nachdenken.

Frau Overesch äußert, dass die CDU-Fraktion sich die Frage nach den Gründen des Rückgangs gestellt habe, die vielleicht vom Caritasverband e. V. beantwortet werden könne.

Auf die weitere Frage von Frau Overesch antwortet Herr Gausmann, dass es keine Doppelförderung gebe. Die Münsterlandkarte orientiere sich an Kindern und Jugendlichen im SGB-II- oder SGB-XII-Bezug, Asylbewerbern, mit Wohngeld- oder Kinderzuschlagsbezug als Leistungsempfänger, die somit Anspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen hätten. Hier gehe es um Familien.

Herr Krage äußert, dafür, dass es seit 1994 zum ersten Mal angepasst werde, sei es eine geringe Anpassung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragt, ob eine regelmäßige Reflexion zur Anpassung eingearbeitet werden könne, damit Inflationsschwankungen ausgeglichen würden.

Er fragt weiter, ob es neben der Stadt Rheine weitere Förderer auf kommunaler Ebene oder Lösungen auf Landesebene gebe. In Zeiten schwieriger Haushaltslagen möchte er die Gesamtkosten erfahren.

Herr Gausmann antwortet, dass bisher 10.000 bis 15.000 Euro im Jahr für diese Maßnahme zur Verfügung gestellt worden seien. Die Stadtverwaltung werde, das Einverständnis der Ausschussmitglieder vorausgesetzt, die Dynamisierungsregelung mit einarbeiten lassen.

Herr Krage ergänzt zu seiner vorherigen Aussage, dass der Effekt dieser Förderung nicht angezweifelt werde, sondern es um die Transparenz im Zuge der schwierigen Haushaltslage gehe.

Frau Floyd-Wenke kommentiert, dass sie die Förderung in Bezug auf die Kosten für ein Kind pro Tag in einer Familienerholung für nicht gut gelungen halte.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt inhaltlich den überarbeiteten Richtlinien zur Förderung der Familienerholung gemäß der Vorlage zu.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt das Inkrafttreten der Richtlinien zur Förderung der Familienerholung zum 1. Januar 2025.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Trägersauswahlverfahren für die neue Kindertageseinrichtung in Mesum
Vorlage: 268/24**

Frau Leskow gibt die Sitzungsleitung an Herrn Fühner zurück.

Herr Gausmann informiert, dass im Juni 2024 im Rahmen der Kita-Bedarfsplanung fehlende Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder im Ü3-, U3- und U2-Bereich festgestellt worden seien. Ebenfalls sei der altersbedingte Wegfall und der geringere Zuwachs von neuen Tagespflegepersonen abgebildet worden. Die beiden Bildungsträger, die Familienbildungsstätte und der Jugend- und Familiendienst e. V. würden gemeinsam eine Fortbildung für Tagespflegepersonen anbieten. Die Verwaltung habe gemeinsam mit dem Kreis Steinfurt eine Veranstaltung für Tagespflegepersonen in der Mitte⁵¹ in Rheine mit 16 teilnehmenden Personen durchgeführt.

Es sei wichtig, auch im Südraum zusätzliche Betreuungsplätze anzubieten. Ebenfalls im Juni 2024 habe er angedeutet, dass mit einer 5-gruppigen Kita im Südraum unter Umständen im Ü3-Bereich freie Plätze geschaffen würden, da die Effekte der zusätzlichen Baugebiete im Südraum nicht abzuschätzen seien. Die 5. Gruppe würde ein Mehrinvest von 800.000 bis 1 Mio. Euro bedeuten und könne eine eventuelle Mitfinanzierung für eine leerstehende Gruppe erzeugen. Er präsentiert eine Folie „Situation im Südraum“ (**Anlage 2**) mit der Gegenüberstellung des Baues einer 4-gruppigen oder einer 5-gruppigen Kita in Mesum und äußert, dass der Investor noch auf 4-gruppig zurückgehen könne, jedoch ein eventuell späterer Anbau für eine 5. Gruppe teurer werden würde. Er schlägt vor, die Vorlage zu Kenntnis zu nehmen und eine neue Vorlage für die nächste Sitzung aufzubereiten.

Herr Fühner kommentiert, dass nach langjährigen Diskussionen über fehlende Kita-Plätze, nun die Entwicklung wie vor ca. 15 Jahren in Richtung Überbelegungen gehe. Damals sei der Kindergarten St. Konrad geschlossen worden. Diese Überlegungen sollten, auch wenn es hier um das Trägersauswahlverfahren gehe, berücksichtigt werden.

Herr Richter fragt, welche Bestrebungen die Verwaltung habe, mit Unterstützung der beiden Organisationen in Rheine die Gründe für die weniger nachrückenden Pflegepersonen herauszufinden. Zudem fragt er nach einer Preis-Risiko-Kalkulierung, die die Mehrkosten enthalte, wenn für eine 5. Gruppe mitgebaut und für diese ein Leerstand entstehen würde.

Herr Gausmann antwortet auf die Frage zu den Tagespflegepersonen, dass wie in allen anderen Bereichen im Kontext der Erziehung, Bildung und Pflege ein Fachkräfteproblem vorliege. Kindertagespflegepersonen seien geringfügig selbständige Beschäftigte, die ihre Steuern, (Renten-)Versicherungen und ihre Betriebskosten wegen der Nutzung ihres eigenen Hauses und dergleichen selber bezahlen müssten. Wenn z. B. 5 Kinder für jeweils 8 Stunden am Tag 5 Tage die Woche betreut würden, erhalte die Kindertagespflegeperson rund 3.500 Euro zzgl. der Zuschüs-

se zur Pflege- und Krankenversicherung. Zudem müssten die eigenen Räumlichkeiten wie das Wohn- oder Kinderzimmer nach der Betreuung für die private Nutzung aufgeräumt werden.

Der andere Grund liege darin, dass die Grundqualifikation für eine selbständig tätigte Tagespflegeperson von ursprünglich 40 auf über 300 Stunden angestiegen sei. In der Zeit könne eine grundständige Ausbildung absolviert werden. Eine Qualifizierung für die Tagespflege, wenn auch nicht in diesem Stundenumfang, erachte er inhaltlich für richtig und als sinnvolle Alternative für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren.

Weiter führt er aus, dass der Unterschied bei den Investkosten zwischen einer 5- und einer 4-gruppigen Kita ungefähr bei 800.000 Euro liege. Pro Gruppe würden ungefähr 70 m² zzgl. anderer gemeinsam zu nutzenden Räumlichkeiten benötigt. Bei einer derzeitigen KiBiz-Miete von 10,00 Euro ergebe das 700,00 Euro im Monat bzw. 8.400 Euro im Jahr mal 20 Jahre, die der Investor als Refinanzierung einkalkuliere, ergebe sich ungefähr die Summe (168.000 Euro), die dem Investor für die ungenutzten Räume bezahlt werden müsste.

Herr Evers berichtet, dass er in Vertretung des Trägers (*Verbund der Kindertageseinrichtung St. Johannes der Täufer-Rheine*) sagen könne, dass die Umstrukturierung von zwei Kita-Einrichtungen in Mesum geplant sei und dadurch Ü3-Plätze wegfallen würden. In St. Josef werde eine Ü3-Gruppe mit 25 Plätzen wegfallen, aber 10 neue Plätze würden entstehen, davon 5 für U2-Kinder und 5 für U3-Kinder. In St. Marien werde eine Gruppe Typ III mit 25 Plätzen in die Gruppe Typ II umgewandelt. Zudem werde eine Gruppe in Typ I umgewandelt, sodass nochmals 14 Ü3-Plätze wegfallen würden. Es werde eine neue Struktur mit je einer Gruppe Typ I, Typ II und Typ III entstehen. Er gibt an, dass dadurch 39 Plätze wegfallen würden.

Herr Gausmann äußert, dass die genannten Veränderungen in den Zahlen bereits eingepreist worden seien.

Nach einer ausführlichen Diskussion schlägt Herr Fühner als Verfahrensvorschlag vor, dass die Vorlage zur Kenntnis genommen und den Jugendhilfeausschussmitgliedern die präsentierte Folie kurzfristig zur Verfügung gestellt werde. Zudem werde die Verwaltung beauftragt zu prüfen, bis wann der Investor, die städtische Wohnungsgesellschaft die Entscheidung „Neubau einer 5- oder 4-gruppigen Kita“ benötige, um die Kita am 1. August 2026 in Betrieb nehmen zu können. Sollte die Entscheidung nicht bis zur nächsten Sitzung am 21. November 2024 warten können, werde die Verwaltung in Abstimmung mit dem Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden ein Verfahren festlegen; entweder durch Umlaufbeschluss oder eine zusätzliche Präsenzsitzung.

Dem Verfahrensvorschlag wird nicht widersprochen.

Nachträge:

- *Den Jugendhilfeausschussmitgliedern wurde die präsentierte Folie am 19. September 2024 per E-Mail zugesandt.*
- *Eine Sondersitzung findet am 10. Oktober 2024 statt (Vorlage 353/24 „Planung und Bau einer neuen Kindertageseinrichtung in Mesum“).*
- *Für die Sitzung am 21. November 2024 wird eine neue Vorlage erstellt (Vorlage 437/24 „Trägerauswahlverfahren für die neue Kindertageseinrichtung in Mesum“)*

Geänderter Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

2. Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung eine neue Vorlage für die Sitzung am 21. November 2024 aufbereiten wird.

**8. Übergangslösung für die Kita Kümperskinder
Vorlage: 330/24**

Herr Gausmann führt in die Vorlage ein und erklärt, dass keines der geprüften Objekte als Übergangslösung in Frage komme. Beim Bürgerhof im Walshagenpark würde ein Umbau hohe Kosten verursachen. Zudem seien die Hürden für eine Wald-Kita höher als bei einer normalen Kita und das Landesjugendamt habe eine Genehmigung ausgeschlossen. Ein Umbau des Ludgerus-Forums würde auch hohe Kosten verursachen. Zwei mobile Einheiten auf eine Wiese in den Walshagenpark zu verlegen, welche die Kita St. Elisabeth an der Dutumer Straße derzeit noch nutze, würde ebenfalls hohe Kosten verursachen.

Er führt weiter aus, dass es um 67 fehlende Ü3-Plätze im Kita-Jahr 2025/2026 gehe und die Verwaltung favorisiere, diese über Überbelegungsmöglichkeiten einzurichten.

Gestern habe er von einer Entwicklung gehört, dass der Investor vermutlich auch zum 1. August 2026 nicht fertig werde. Dazu werde die Verwaltung eine Vorlage für die November-Sitzung vorbereiten.

Herr Krage äußert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Erklärungen der Verwaltung mitgehe, wenn genügend Kita-Plätze im Schotthock vorhanden seien.

Frau Leskow fragt ebenfalls für die SPD-Fraktion ebenfalls, ob genügend Plätze vorhanden seien.

Herr Gausmann gibt an, dass die Anmeldephase der Kitas rechts der Ems bis zur nächsten Sitzung im November 2024 abgeschlossen sei und die Zahl der unversorgten Ü3-Kinder genannt werden könne. Für die U3-Kinder liege mit Hinzunahme der Tagespflege die Platzabdeckung vor. Er schlägt vor, dass die Verwaltung nach der heutigen Kenntnisnahme der Vorlage das Thema wegen der neuen Entwicklung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Entscheidung der Verwaltung, von einer Übergangslösung für die neue Kita im Emsauen-Quartier Kümpers in Form einer Gruppe des Typs I für das Kita-Jahr 2025/2026 abzusehen, zur Kenntnis.

**9. Rechtsanspruch auf ganztägige Förderung für Kinder im Grundschulalter ab 2026:
Raumkonzept multifunktionale Raumnutzung und Sachstandsbericht
Vorlage: 275/24**

Herr Gausmann informiert, dass der Schulausschuss die Vorlage zur Kenntnis genommen und die Verwaltung einstimmig beauftragt habe weiterzuarbeiten.

Er ist froh, dass das Land keine Vorgaben mache und die Stadt Rheine das sinnvoll vor Ort im Kontext „OGS“ regeln könne. Der negative Aspekt sei, dass das Land lediglich Leitlinien zur Ausführung des Rechtsanspruches der Betreuung von Kindern im Grundschulalter gebe, nicht beim OGS, die weder eine Vorgabe zur Eignung des pädagogischen Personals noch zur Raumstruktur enthalten und dadurch nicht konnexitätsbewährt seien. D. h., das Land ziehe sich aus der finan-

ziellen Verantwortung insofern heraus, dass es für die Umgestaltung der 14 Grundschulen in Rheine in Offene Ganztagsgrundschulen lediglich Bundes- und Landesmittel in Höhe von 200 Mio. Euro als Investitionskostenzuschuss zur Verfügung stelle, womit nicht einmal das Mobiliar geschweige denn irgendein Anbau finanziert werden könne. Zudem habe er anhand des Landesentwurfes festgestellt, dass Einschränkungen in Kernbereichen geplant seien wie bei den Beratungen durch die Wohlfahrtspflege oder den Migrationsberatungen.

Er bezieht sich auf den Punkt „Kinderpartizipation in den Sommerferien“ und gibt an, dass die Beteiligung an dem Projekt, wie sich die Kinder ihre perfekte OGS vorstellen würden, gut gewesen sei. Er habe zudem den Referentenentwurf für inklusive Erziehung auf den Tisch bekommen, der keine Folgekostenabschätzungen enthalte.

Herr Fühner regt zu diesem Themenkontext an, vielleicht eine gemeinsame Sitzung des Schul- und Jugendhilfeausschusses zu machen.

Frau Lücke kommentiert, dass Rheine mit dem multifunktionalen Raumkonzept im Vergleich zu anderen Kommunen gut aufgestellt sei. Für Grundschulkinder sei die Bewegung zentral, insofern enthalte die abgebildete Skizze zu viele Tische und Stühle und es seien Differenzierungsräume für reizoffene Kinder im Offenen Ganztag nötig. Auch seien für die Bewegung der Kinder neue Schulhofstrukturen erforderlich, Stichwort „Entsiegelung“.

Weiter führt sie aus, dass die SPD-Fraktion zu dem Punkt „Partizipation“ vorschlage, künftig auch Grundschulen rechts der Ems zu beteiligen.

Herr Krage äußert, dass die Stadt Rheine bei der Übernahme von Landesaufgaben im Bereich der OGS-Betreuung prozessmäßig gute Lösungen in den Übergangsphasen geschaffen habe. An dieser Stelle werde neben der Schaffung von multifunktional zu nutzenden Räumen und modernen Möbelkonzepten auch die pädagogische Qualität der Raumnutzung erhöht.

Er führt weiter aus, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bewegungsräume für erforderlich halte. In die letzte Sitzung des Schulausschusses sei die Idee hereingetragen worden zu prüfen, ob die Anschaffung von Stehtischen möglich sei. Mit Stehtischen könne die flexible Arbeitsweise unterstützt und Haltungsschäden bei Kindern vermieden sowie Kindern mit emotionaler Unruhe Raum zum Abbauen gegeben werden, um konzentrierter arbeiten zu können.

Herr Gausmann antwortet, dass, wie er in der Schulausschusssitzung bereits gesagt habe, die Verwaltung das Thema „Stehtische“ mit den Schulleitungen besprechen und bei Bedarf diese zur Verfügung stellen werde. Die Skizze in der Vorlage gebe nur ein Raumbeispiel wieder. Im Rahmen der Grundschuloffensive werde sowohl die unterrichtliche als auch die OGS-mäßige Differenzierungsmöglichkeit mitgedacht. Es werde weiterhin OGS-spezifische Räumlichkeiten geben, wo Kinder stärker ihren Bewegungsdrang nachgehen könnten, aber auch Räumlichkeiten, die im Vormittags- und Nachmittagsbereich genutzt würden. Es werde eine pädagogische Herausforderung werden, den Vormittagsbereich reizärmer und bewegungsreicher zu gestalten. Künftig dürfe es nicht nur eine Vormittags- und eine Nachmittagsschule geben, denn die Schule müsse als eine Einheit verstanden werden, damit gemeinsames Lernen auch für Teilhabe eingeschränkter Personen gelinge. Barrierefrei bedeute, dass neben Aufzügen und rollstuhlgerechte Räumlichkeiten auch über taktile Möglichkeiten und Hörschleifen nachgedacht werden müsse.

Frau Schulz-Bennecke kommentiert, dass die bereits an der Marienschule angeschafften Möbel nicht nur Vorteile hätten und sie schlage der Verwaltung vor, sich vor der nächsten Möbelbestellung bei dem Schulleiter zu erkundigen.

Herr Fühner erwidert, dass es mit der Beauftragung auch darum gehe, das Konzept mit den entsprechenden Akteuren/Fachleuten weiterzuentwickeln.

Herr Fühner äußert, dass es bereits in 2023 von mehreren Kreisen und kreisfreien Städten, unter anderem auch vom Kreis Steinfurt, eine Initiative gegeben habe, in der darauf hingewiesen worden sei, dass der Rechtsanspruch bis 2026 nicht konzipiert und umgesetzt werden könne. Diese gemeinsam verfasste Intervention sei von den zuständigen Ministerien unbeantwortet geblieben. Da die Themen der zu entwickelnden Rauminfrastruktur und personellen Qualitätsstruktur noch nicht in den Richtlinien enthalten seien, halte er dieses Verfahren, wie dieser Anspruch entstanden sei und mit den heute definierten Leitlinien in Bezug auf die Finanzierungsfrage für semiprofessionell und nennt als Stichwort das Konnexitätsprinzip. Er habe dem Schulausschussvorsitzenden heute die Überlegung angeraten, eine gemeinsame Resolution mit Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss zu machen. Diese Überlegung gebe er auch in diese Runde, aber solle heute nicht weiterberaten werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss

1. nimmt den Erlass des Landes NRW zur Kenntnis,
2. beschließt die Einführung des Konzeptes zur multifunktionalen Raumnutzung und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung,
3. nimmt die Ausführungen zur Partizipation der Kinder und weiteren Vorgehensweise der Projektgruppe zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Information über Angebote für Alleinerziehende in Rheine Vorlage: 316/24

Herr Gausmann informiert, dass die umfangreichen Angebote und Unterstützungsstrukturen für alleinerziehende Personen in Rheine in der Vorlage dargestellt worden seien. Hier müsse es nicht um die Fragestellung nach zusätzlichen Unterstützungsstrukturen gehen, sondern um die Frage, wie der Informationsfluss über die präventiven Angebotsformen besser zu den Alleinerziehenden mit Unterstützungsbedarf kommen könne.

Frau Floyd-Wenke sagt, dass sie zu der Problematik „von Armut bedroht, mangelnde Teilhabe usw.“ den Personenkreis der Alleinerziehenden auf die jungen Familien erweitern wolle, da, wie von Herrn Gausmann benannt worden sei, die Menschen oft nicht wüssten, was alles bei wem zur Verfügung stehe. Rheine verfüge über ein gutes Angebot für junge Familien. Es gehe nicht nur um finanzielle Unterstützung, sondern auch um einfache Sachen, bei denen die jungen Familien Hilfe benötigen würden (z. B. um einen Wohnberechtigungsschein zu beantragen, einen Online-Antrag oder Unterlagen einzureichen). Sie habe dazu heute einen Flyer verteilt, in dem es um ein bis 2027 ESF-gefördertes Unterstützungsprojekt „FAMOS+, Familien orientieren und stärken im Kreis Steinfurt“ (www.famosplus.com) gehe. Die Menschen könnten mit ihren Anliegen zu dem Caritasverband Rheine e. V. gehen und würden 1 : 1 betreut.

Frau Leskow bestätigt, dass die ausreichend vorhandenen Angebote in Rheine kaum bekannt seien. Für Familien gebe es die Familien-App, wo die Informationen zu finden seien. Sie regt an, die Alleinerziehenden in Rheine schriftlich über die Möglichkeiten zu informieren.

Herr Gausmann informiert, dass die Familien-App auch von Alleinerziehenden genutzt werden könne. Zur Nutzung der Familien-App sei eine große Kampagne gemacht worden. Die Verwaltung und die Beratungsstellen seien in den sozialen Netzwerken aktiv. Zeitungsanzeigen würden nicht helfen, da sie von zu wenigen des betroffenen Personenkreises gelesen würden, und eine weitere größere Initiative halte er für nicht Erfolg versprechend.

Das Meldewesen dürfe ein statisches Merkmal wie „alleinerziehend“ datenschutzrechtlich nicht zum Herausfiltern von Personenkreisen führen. Von daher habe die Verwaltung keine Möglichkeiten, diesen Personenkreis anzuschreiben.

Frau Lücke fasst abschließend zusammen, dass sich die Ausschussmitglieder einig seien, dass Rheine über ein gutes Angebot verfüge und darüber gesprochen werden solle, wie dieses mehr Personen erreiche. Die Möglichkeit, dass Träger mit Angeboten telefonisch eine Lotsenfunktion übernehmen könnten, sei noch nicht aufgegriffen worden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion „Antrag als Prüfauftrag an die Stadt Rheine für eine Berichterstattung im Jugendhilfeausschuss im Herbst 2023: Initiative für Alleinerziehende“ vom 16. August 2023 zur Kenntnis.

11. Abschluss eines neuen Betreuungsvertrages mit dem Kreis Steinfurt als Betreuungsbehörde zur Betreuung erwachsener Personen nach dem Betreuungsgesetz (öffentlich-rechtliche Vereinbarung) Vorlage: 323/24

Herr Gausmann gibt als Korrektur bekannt, dass es auf der Seite 4 der Vorlage bei den Punkt „Finanzielle Auswirkungen für die Stadt Rheine“ nicht 2 VZÄ „Verwaltung/Sachbearbeitung“ und 1 VZÄ „Sekretariat“ heißen müsse, sondern umgekehrt, 1 VZÄ „Verwaltung/Sachbearbeitung“ und 2 VZÄ „Sekretariat“, wie es auch in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung stehe, die der Vorlage beigelegt worden sei. Das führe dazu, dass der 17%ige Anteil, den die Stadt Rheine zur Verfügung stellen müsse, nicht 156.000 Euro, sondern 153.000 Euro betrage.

Herr Jüttner-von der Gathen führt in die Vorlage ein. Zur Erklärung, warum die Vorlage zum Erwachsenenbetreuungsrecht hier im Jugendhilfeausschuss eingestellt worden sei, äußert er, dass dies vor 2014 aufgrund der wenigen Fälle in der Abteilung des Jugendamtes mitbearbeitet worden sei und die Budgetierung in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung seinerzeit im Jugendamt des Kreises und somit auch des Jugendamtes in Rheine verblieben sei. Es werde beabsichtigt, dies im nächsten oder übernächsten Jahr in die Sozialverwaltung und somit an den Sozialausschuss zu überführen.

Beschluss:

Der JHA empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, die als Anlage 1 der Vorlage beigelegte öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zuständigkeit und Wahrnehmung behördlicher Aufgaben nach dem Betreuungsorganisationsgesetz mit dem Kreis Steinfurt abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Anfragen und Anregungen

Herr Richter regt an, das Thema „Kindertagespflegepersonen“ auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu nehmen und Akteure einzuladen.

Herr Fühner erwidert, dass er die Anregung aufnehme.

Frau Lücke sagt, dass sie in einem Zeitungsartikel in der Münsterländischen Volkszeitung gelesen habe, dass eine Kita als pädagogisches Angebot den Kindern erlaube, Farbe auf einem Hund aufzutragen. Die SPD-Fraktion halte tiergestützte Arbeit für wichtig, jedoch müsse auch an das Tierwohl gedacht werden. In den Kitas müsse den Kindern das Thema „Tierwohl“ nähergebracht werden. Sie fragt, wie die Stadt Rheine das sehe.

Herr Fühner erwidert, dass die Verwaltung die Anfrage bearbeiten werde.

(Nachsatz: Es handelt sich um eine Kita in Wettringen, somit keine Zuständigkeit.)

Frau Leskow fragt, bezogen auf die Presse der letzten Tage, ob es einen Sachstand bezüglich der Jugendarbeitslosigkeit in Rheine bei den 18- bis 21-Jährigen gebe.

Herr Fühner antwortet, dass die Verwaltung auch diese Anfrage bis zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung beantworten werde.

Er beendet die öffentliche Sitzung und kündigt eine 5-minütige Pause vor der nichtöffentlichen Sitzung an.

Ende des öffentlichen Teils: 18:52 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin